



Unser Landkreis ist erneuerbar! Wirtschaftlich. Ökologisch. Sozial.

Kreistagswahlprogramm zur Wahl am Sonntag, dem 7. Juni 2009

Inhalt

- I. Wirtschaft, Arbeit, Energie und Umwelt
- II. Bildung
- III. Familie
- IV. Jugend
- V. Senioren
- VI. Gesundheit
- VII. Sozialpolitik
- VIII. Verkehr
- IX. Landwirtschaft, Kulturlandschaft, Tourismus
- X. Europa

Präambel

Gute Arbeit, ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit, Solidarität, gerade auch mit den Schwachen in unserer Gesellschaft, und soziale Gerechtigkeit sind und bleiben die Grundwerte sozialdemokratischer Politik. Die Daseinsvorsorge mit gesunder Nahrung, gesundem Wasser, bezahlbarem, gesundem Wohnraum und nicht zuletzt mit einem gesunden Klima, intakter Umwelt und nachhaltig erneuerbarer bezahlbarer Energieversorgung gehören heute zur sozialen Frage der Gegenwart und Zukunft.

Unser Landkreis ist erneuerbar. Was bedeutet das? Hört sich an wie runderneuerte Reifen? Der Vergleich mit den Reifen hinkt zwar, doch es ist schon richtig, dass es der SPD um ein runderneuetes Profil im Landkreis geht. Dazu müssen wir das Rad nicht neu erfinden. Wie bei den runderneueten Reifen wollen wir die noch intakten, bewährten und tragfähigen Strukturen erhalten und darauf das neue Profil aufbauen. Im täglichen Gebrauch werden Profile schwächer. Manches fährt sich mit der Zeit ein und wird unbeweglicher. Mit alten „Schlappen“ ohne Profil traut man sich dann eben nicht mehr auf neue Wege und kommt einfach nicht mehr gut voran. Deshalb brauchen wir ein neues Profil, das auf die Zukunftsaufgaben zugeschnitten ist.

Die Finanzkrise zeigt, dass eine einseitige Ausrichtung auf reine Kapitalrendite unsozial und unmenschlich ist. Wie bei einem Autorennen, in dem profillose Rennreifen aufgezogen werden, um noch schneller Profit zu machen. Solide Finanzpolitik wurde der Sucht nach dem „Grand Prix“ und der „Pole Position“ geopfert. Mit Vollgas wollte man alle Rekorde brechen und hat in der vermeintlichen Siegesgewissheit und grenzenloser Profitgier die Bremsen sowie die Sicherheitssysteme gleich auch noch ausgebaut. Es gab nur eine Richtung: Den Profit! Also hat man auch noch auf den Rückwärtsgang verzichtet. Mit Vollgas ging es die Katastrophe! Nun müssen wir uns mit der Handbremse gegen den großen Crash stemmen. Statt überzüchteter Rennfahrzeuge brauchen wir sichere und alltagstaugliche sichere Banken. Die Bürger dürfen nicht der Siegssucht weniger Rennbegeisterter geopfert werden. Banken müssen verlässliche Partner der regionalen Wirtschaft sein. Der Landkreis darf sich an riskanten Geldgeschäften nicht beteiligen. Die maximale Kapitalrendite darf nicht das ausschließliche Entscheidungskriterium sein. Vielmehr müssen der Erhalt von Arbeitsplätzen, die Unterstützung von Zukunftsprojekten und der regionalen Wirtschaft im Vordergrund der Finanzpolitik stehen.

Die gemeinsame Grenze des Landkreises mit dem europäischen Partner Frankreich und die Nähe zur Schweiz begründet eine besondere Verantwortung für die Freundschaften und den Gedankenaustausch mit unseren Nachbarn, die wir weiter pflegen und ausbauen wollen. Die Herstellung persönlicher Kontakte, beispielsweise durch Schüleraustausch, Städtepartnerschaften, aber auch durch Begegnungen auf der Ebene der Wirtschaft, der Verwaltung und der Politik ist notwendig, um ein einigtes, geeintes und gemeinsames Europa zu leben und zu entwickeln.

Der Landkreis ist erst wirklich stark wenn er sich auch um die Schwachen kümmert und ihnen einen Platz mitten im Leben ermöglicht. Wir setzen uns solidarisch für die schwächeren Mitbürgerinnen ein und wollen verhindern, dass sie ausgegrenzt, abgeschoben oder nur verwaltet werden. Ein stabiles soziales Netz soll Hilfe für ein selbstbestimmtes Leben geben.

Die vielfältigen Rechtsvorschriften schleifen täglich am Profil der Verwaltung und verstellen mitunter den Blick für das Wesentliche. So gerät das eigentliche Ziel der Förderung Hilfsbedürftiger allzu gern aus dem Blickfeld. Für unser Ziel, die Bürger auf ihrem Weg in einem selbst bestimmten Leben voran zu bringen, braucht die Verwaltung ein starkes eigenständiges Profil. Die Landkreisverwaltung darf nicht im Vorschriftenschungel stecken bleiben. Wir wollen, dass die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landkreises so gestärkt werden, dass sie in der Lage sind, hilfsbedürftige Bürger eigenständig, schnell und sicher durch den Behörden-Dschungel zu führen, damit diesen unkompliziert die notwendige Hilfe zukommt. Dazu ist das Profil der Landkreisverwaltung zu erneuern, durch entsprechende Aus und Weiterbildung und durch demokratische Personalführung.

Die effektivste Vorbeugung gegen Gewalt, Drogen und gesundheitliche Gefährdungen sehen wir in der Unterstützung von Familien.

Senioren sollen ihren Lebensabend selbstbestimmt mitten im Leben verbringen können. Dazu müssen Senioren mitwirken können und ihr Lebensumfeld selbst erneuern dürfen.

In der Landwirtschaft müssen wir darauf achten, dass die Natur, Umwelt und der Verbraucher nicht unter die Räder kommen. Auch hier müssen wir das Profil erneuern. Die Landwirtschaft muss zu unserem Landkreis passen. Die bäuerliche Struktur darf nicht als bloße Schwäche begriffen werden, sie ist vielmehr unsere Stärke und Teil der kulturellen Tradition und Identität des Landkreises.

Die Energieversorgung der Bürgerinnen ist zur neuen sozialen Frage der Gegenwart und erst Recht in der Zukunft geworden. In Deutschland und Europa muss die Energieversorgung schnellstmöglich auf nachhaltige und klimafreundliche Energiesysteme umgestellt werden. Das derzeitige vom Großkapital gesteuerte Energiesystem versucht ständig fossile und atomare Techniken in die Zukunft zu retten. Obwohl Jedermann weiß, dass Erdöl, Gas, Kohle und Uran keine unerschöpflichen Energiequellen sind, tun wir dennoch so, als ob diese Energiequellen nie versiegen würden. Einzig die Sonne, und die ist im Landkreis noch jeden Tag aufgegangen, ist unerschöpflich und schickt uns keine Rechnung. An der Sonnenenergie lassen sich keine Eigentums- oder Verteilrechte festmachen. Die Wälder, Wiesen und Äcker, der Wind, die Wasserkraft und die thermischen und photovoltaischen Anlagen im Landkreis werden von dieser unerschöpflichen Quelle gespeist und immer wieder erneuert.

Das neue Profil muss, wenn es den Bürgern im Landkreis dienen soll, zwingend ein dezentrales Energieversorgungssystem sein, das weitgehend von den Kommunen, den Bürgern und der mittelständischen Wirtschaft getragen wird. Solch ein dezentrales Energieversorgungssystem ist nicht nur krisensicherer, deutlich energieeffizienter und friedfertiger als das bisherige System, es ist auch am besten geeignet, die im Landkreis verfügbaren nachhaltigen Energiequellen solaren Ursprungs schnell und umfassend nutzbar zu machen. Schon mit einfacher Nutzung der Kraftwärmekopplung zur Gebäudeheizung und Erzeugung von Strom ließe sich die Energie-Effizienz gegenüber den heute noch in Großkraftwerken verwendeten fossilen Energieträgern Öl, Gas und Kohle leicht verdoppeln. Hier liegt auch eine einmalige wirtschaftliche Chance für die gesamte Region. Die Energieeffizienz des Gebäudebestandes im Landkreis, angefangen bei den Gebäuden der öffentlichen Hand, kann und muss deutlich verbessert werden. Dies sichert und schafft Arbeitsplätze für die heimische Wirtschaft im Landkreis.

Unser Landkreis ist erneuerbar!

I. Wirtschaft, Arbeit, Energie und Umwelt

Durch Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe wollen wir die Auswirkungen der weltweiten Wirtschaftskrise meistern und Arbeitsplätze sichern. Dezentrale Strukturen am Produktivkapital sorgen für eine breite Nutznießerschaft in der Region. Die gegenwärtige Nutzung erneuerbarer Energiequellen zeigt dies heute schon deutlich. Die lobenswerte Mitgliedschaft des Landkreises im Klimabündnis des Regionalverbandes südlicher Oberrhein darf kein umweltpolitisches Lippenbekenntnis bleiben, es müssen Taten folgen! Die mittelständische Wirtschaft in Südbaden bekommt durch das Klimabündnis eine hervorragende Perspektive. Die Energetische Sanierung öffentlicher Gebäude (Schulen, Kindergärten, Rathäuser, Hallen, Behörden) und privater Altbauten muss entschiedener voran gebracht werden. Davon werden nicht nur die Planer, das Handwerk, die Baustoffhändler, die Banken und die Bürger profitieren. Wir alle und nachfolgende Generationen gewinnen durch geringere Energiekosten, durch geringere Abhängigkeit von Energieimporten und durch Klimaschutz. Der Verzicht auf den Bau von Kernkraftwerken am Rhein (Breisach Wyhl), der durch Bürgerproteste erkämpft wurde, ist ein Vorteil für die Region. Aus den leisen Anfängen der Sasbacher Sonnentage vor 33 Jahren am Kaiserstuhl ist Europas größte Solarmesse entstanden. In Freiburg groß geworden musste die Messe Intersolar an den größeren Messestandort nach München auswandern. Wir sind stolz auf dieses „erwachsene Kind“ aus Südbaden und sehen uns in dem langjährigen Einsatz für solare Energien bestätigt. Wir wollen weiterhin den consequen-

ten Ausstieg aus der Atomenergie, denn die Risiken der Atomenergie sind nicht hinnehmbar. Wir unterstützen den Trinationalen Atomschutzverband (TRAS), der das Atomkraftwerk Fessenheim (F) gerichtlich schließen lassen will. Die Atomkraft trägt nichts zur nachhaltigen, sicheren und zukunftsfähigen Energieversorgung bei. Kernkraftwerks-Neubauten, auch in der Schweiz und in Frankreich lehnen wir entschieden ab. Im Widerstand gegen die Atomkraftwerke wissen wir uns mit den Bürgerinnen und Bürgern im Dreiländereck einig. Nachhaltige Alternativen zur Atomenergie und zu fossilen Energieträgern wie Kohle, Erdöl und Erdgas stehen genügend zur Verfügung. Die politischen und bürokratischen Blockaden, denen die erneuerbare Energien immer noch ausgesetzt sind müssen abgebaut werden.

Wir stehen für ökologisch verantwortbare Erneuerung und sind gegen eine Käseglocke, die den Wandel nicht gestalten will. Beispielsweise können Windkraftanlagen einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Stromversorgung leisten. Regionaler Strom aus nachhaltiger Erzeugung bietet uns die Option, unsere Verkehrssysteme mittels Elektromotoren/Elektromobile auf eigene Quellen (Strom-Tankstellen) umzustellen. Auch zur Speicherung erneuerbarer Energien bieten Elektromobile und Pumpspeicherwerke im Schwarzwald neue vielversprechende Perspektiven. Wir wollen Südbaden zu einer europäischen Modellregion in der Nutzung erneuerbarer Energien entwickeln. In Südbaden sind die Voraussetzungen dazu ideal.

Im Landkreis und in der Region befinden sich herausragende mittelständische Betriebe, mit hoher Professionalität im energieeffizienten Hausbau (Wärme-Dämm-Verbund-Systeme, Holzfaserdämmstoffe, Holzbau, Niedrigenergie- bis Plusenergiehausbau), im Heizungsbau und in der Erzeugung von nachhaltigen Energien (z.B.: Holzpellets, Holz hackschnitzel, Biodiesel, Pflanzenöl, Wasserkraftanlagen, Solarenergie, Windkraftanlagen, BHKW). Diese Betriebe können auf eine hervorragende Forschungs- und Beratungsstruktur in Südbaden zurückgreifen. In den Schulen und Ausbildungsbetrieben des Landkreises muss dies entsprechend gefördert werden. Die Schüler müssen die neuesten und zukünftigen Anlagen- und Bautechniken in ihrer Schule vorfinden. Modellschulen für Solartechnik und Energie-Effizienz sollen Schüler mit den Zukunftsaufgaben des Klimabündnisses vertraut machen. Schon deshalb müssen der Landkreis und seine Gemeinden Vorreiter in der energetischen Gebäude-Sanierung sein. Der Landkreis selbst muss Vorbild sein und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen entscheidend voran bringen. Zur wirtschaftlichen Darstellung von Nahwärmeversorgungen kann die Energieabnahme kommunaler Einrichtungen entscheidend beitragen, wie dies beispielsweise schon in Löffingen, Buchenbach und Oberried der Fall ist. Die Umstellung der Heizung auf erneuerbare Energien wird so für die Bürger bezahlbar, ohne dass sie künftig eine eigene Heizungsanlage kaufen, betreiben oder warten müssen. Förderprogramme von der EU, dem Bund und dem Land sind konsequent auszuschöpfen. Die Versorgung der Bürger mit nachhaltiger und bezahlbarer, krisensicherer Energie muss als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge verstanden werden. Für die Land-, Forst- und Holzwirtschaft (z.B.: Sägewerke) bieten sich hier hervorragende Chancen, um Dienstleistungen anzubieten. Der Landkreis soll sich um eine Biomassekonversions-Pilotanlage bemühen, beispielsweise im Gewerbepark Bremgarten, um sich damit den Anschluss an die Zukunft zu sichern (Auf der schwäbischen Alb wird solch ein Projekt mit baden-württembergischen Erfindungen schon verwirklicht). Die Biomasse soll zu Bio-Erdgas und zu synthetischen Biotreibstoffen verarbeitet werden. Durch Gleisanschluss können große Mengen Biomasse ökologisch verträglich zugeliefert werden. Die Forschungseinrichtungen in Baden und Württemberg (Offenburg, Karlsruhe, Schnellpyrolyse, Slurry) oder Stuttgart Vaihingen (ZSW) sollen als Partner für die Pilotanlage gewonnen werden. In der österreichischen Kleinstadt Güssing, dem Europäischen Zentrum für Erneuerbare Energien, wird dies schon seit einigen Jahre praktiziert.

Südbaden soll zur Vorbildregion für erneuerbare Energien werden, damit in der Region neue zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen. Durch Nutzung nachwachsender Rohstoffe, beispielsweise Holz, fallen energetische nutzbare Reststoffe wie Holzspäne für Pellets an. Nutzung erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, Gewässerschonung und nachhaltige Mobilität sind nicht nur ein Segen für die Umwelt, sie sorgen auch für eine krisensichere Zukunft im Landkreis. Der Naturpark Südschwarzwald hat sich als leistungsfähiges Instrument der nachhaltigen Regionalentwicklung bewährt und muss weiter unterstützt werden. Das Land darf die Mittel des Naturparks nicht weiter streichen. Wir wollen in der Region am Oberrhein unsere Partnerschaften und die Zusammenarbeit mit Frankreich und der Schweiz weiter ausbauen.

Der Gewerbepark darf nicht zum „Mekka“ der Abfallwirtschaft werden – jede weitere Kapazitätserweiterung lehnen wir ab. Die Abfallgebühren müssen bezahlbar bleiben!

II. Bildungspolitik

Die SPD steht für faire Bildungsangebote, deshalb lehnen wir eine Frühauslese ab. Frühzeitiges, längeres, gemeinsames Lernen muss für Jeden zu einem Schulabschluss führen. Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir dürfen kein Kind zurücklassen.

Ziel muss ein Schulabschluss für alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises sein. Elterliches Engagement (wie beispielsweise beim Schülerhaus in Kirchzarten) werden wir weiterhin unterstützen. Unseren Gewerbeschulen in Breisach, Müllheim und Titisee-Neustadt werden wir weiterhin optimal zukunftsorientiert ausstatten, um unserem Handwerk und Gewerbe die notwendigen Fachkräfte zur Verfügung stellen zu können. Die letzten Kreisgymnasien werden auch räumlich auf den Ganztagesbetrieb umgestellt. Schule als ganztägiger Lebensraum braucht Räume der Ruhe, der Bewegung und der Kommunikation. Investitionen in die Kreisschulen haben für uns weiterhin absolute Priorität. Mit der Bildungsregion Freiburg (Fachschulen, Volkshochschulen, Fachhochschulen, Pädagogische Hochschule und die Exzellenzuniversität Freiburg) wollen wir unser partnerschaftliches Verhältnis zum gegenseitigen Nutzen weiter ausbauen.

Chancengleichheit bedeutet, dass Bildungsangebote für jedes Alter und jeden Geldbeutel verfügbar sein müssen. Diese beginnt mit der Schülerbeförderung, die, gerade in einem ländlichen Landkreis, flächendeckend angeboten und bezahlbar sein muss. In unserem Landkreis, in dem sprichwörtlich Milch und Honig fließen, muss gesunde Ernährung unserer Schulkinder eine selbstverständliche Ehrensache sein. Schulverpflegung muss für alle bezahlbar sein, deshalb sollen auch die Schulen der Gemeinden dem Vorbild des Landkreises in der Förderung der Schulverpflegung folgen. Unsere Schulen dürfen nicht der Ort erster Gewalt-, Sucht-, und oder Mißbrauchserfahrungen sein. Vorbeugend ist deshalb Schulsozialarbeit eine unverzichtbare Ergänzung der pädagogischen Schularbeit und ein unverzichtbares Instrument zur Integration von gefährdeten Kindern und Jugendlichen.

III. Familie

Zur Persönlichkeitsentfaltung aller Familienmitglieder braucht es Freiheit, Solidarität, besonderen Schutz und Hilfe. Beruf und Familie muss vereinbar sein und darf Eltern nicht überfordern. Im angeblichen Kinderland Baden-Württemberg fordern wir für Eltern kostenfreie Kindergärten, dafür setzen wir uns landespolitisch ein. Bezahlbarer Wohnraum muss gerade für Familien mit Kindern in der Nähe der Arbeitsplätze vorhanden sein.

Auch wenn heute Frauen in Spitzenpositionen (Kanzlerin, Landrätin) keine absolute Seltenheit mehr sind, so sind geschlechterspezifische Benachteiligungen, insbesondere von Frauen immer noch weit verbreitet. Besonders im gesellschaftspolitisch wichtigen Bereich der Familie und Kindererziehung sind Frauen immer noch ungleich belastet, auch wenn Männer inzwischen in der Erziehungsarbeit eine aktivere Rolle einnehmen. Die Vereinbarkeit von Kind und Beruf ist für die Familie immer noch durch existenzielle Probleme geprägt. Alleinerziehende, überwiegend Frauen, sind davon am stärksten betroffen und brauchen deshalb besonders starke Hilfen. Die Gestaltung der Arbeitszeiten muss elternfreundlicher werden. Wir setzen uns für eine ausreichende Versorgung mit qualifizierten Betreuungseinrichtungen, mit Ganztagschulen und Wiedereingliederungshilfen in den Beruf ein. Frauenhäuser sind nach wie vor eine notwendige Hilfseinrichtung, die im Notfall flächendeckend bereit stehen muss.

IV. Jugend

Jugendliche sollen im Landkreis Freiräume (beispielsweise Jugendzentren) finden, in denen sie eigene Ideen umsetzen und eigene Erfahrungen sammeln können. Unsere Ziel ist es, Jugendlichen eine freie Entfaltung und Entwicklung ihrer Persönlichkeit, unabhängig von kommerziellen Interessen, zu ermöglichen. Die Jugendarbeit der Vereine bietet dazu eine gute Grundlage, die weiter unterstützt werden muss. Ergänzend sind Angebote der offenen Jugendarbeit notwendig. Förderung von Kulturprojekten sind für eine jugendgerechte Kultur unverzichtbar. Die heutigen Jugendlichen sind die Politiker von Morgen und sollen frühzeitig Gelegenheit haben ihre Lebensbereiche selbst zu gestalten und demokratisch zu beeinflussen. In Jugendgemeinderäten, Jugendbeiräten, Projektbeiräten etc. sollen praktische Demokratie und erste politische Erfahrungen vermittelt werden.

V. Senioren

Für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft entwickeln sich neue Gesichtspunkte hinsichtlich der Bedeutung und Rolle der älteren Generation. Die Lebenserwartung der jetzt schon Älteren wächst schneller als die der Neugeborenen. Das ist besonders dann erfreulich für alle, wenn es gelingt, dieses längere Leben vor allem selbständig und selbstbestimmt zu führen. Wir wollen alles dafür tun, dass das selbständige Leben in der selbst gewählten Wohnung für möglichst viele erhalten bleibt. Die Politik in Kreis und Gemeinden muss die Voraussetzungen dafür verbessern.

Dazu gehören vor allem ortsnahe Beratungsstellen in Verantwortung der Kommunen und anbieterneutral. Beim Aufbau des Pflegestützpunktes im Landkreis werden wir dafür sorgen, dass es eine starke dezentrale Organisation zur Sicherstellung einer ortsnahen Beratung geben wird. Wir wollen alle Bestrebungen unterstützen, in denen größere Gemeinden auf dieser Grundlage kommunale Beratungsstellen einrichten. Die Beratung soll sich nicht nur mit dem Pflegefall, sondern mit allen Möglichkeiten der Hilfe und Unterstützung im Alltag befassen. Das betrifft auch die Umgestaltung und den Umbau nicht altersgerechter Wohnungen. Die Kompetenz der Mitarbeiter im Pflegestützpunkt wollen wir dazu nutzen, die vielfältige und verdienstvolle Arbeit Ehrenamtlicher zu begleiten und zu stärken.

Dazu gehört die Förderung von altersgerechten Wohnungen und alternativen Wohngemeinschaften.

Wir setzen uns weiterhin für eine Versorgung mit bezahlbaren alten- und behindertengerechten Wohnungen im Zentrum der Gemeinden ein. Mehrgenerationenhäusern gehört die Zukunft, deshalb

wollen wir auch dort Maßstäbe setzen und einen Ideenwettbewerb des Landkreises unter Architekten und Gemeinden anregen.

Dazu gehört auch die Verbesserung des Wohnumfeldes zur Förderung der Selbständigkeit. Die Chancen für ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben im Alter sind von vielfältigen Bedingungen des Wohnumfeldes abhängig, seien es Zugang zum öffentlichen Nahverkehr, sichere und bequeme Fußwege, öffentliche Toiletten, ausreichende Beleuchtung, genügend altersgerechte Wohnungen usw. Die Bedürfnisse und die Gestaltungsmöglichkeiten sind aber von Ort zu Ort so verschieden, dass ein generelles Programm nicht sinnvoll ist. Es kommt eher darauf an, durch Beteiligung der Älteren selbst spezifische Lösungen zu entwickeln, den Erfolg zu beurteilen und eventuell nachzubessern. Bezieher kleinster Renten müssen am öffentlichen und kulturellen Leben teilhaben können, durch z.B. niedrige Eintrittspreise und kostengünstige Fahrmöglichkeiten.

Und dazu gehört die Mitwirkung der Senioren in der Kommunalpolitik. Die SPD unterstützt die Bildung kommunaler Seniorenräte. Sie beraten Gemeinderat und Verwaltung und wirken mit, eine Infrastruktur zu schaffen und weiterzuentwickeln, die die Selbständigkeit älterer Mitbürger fördert und erhält. Kommunale Seniorenräte haben ein Antrags- und Rederecht im Gemeinderat, dieser muss sich mit ihren Anliegen befassen.

VI. Gesundheit

Eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit Ärzten, Notfalldiensten und Rettungskräften im Landkreis ist für die SPD selbstverständliche Grundlage der Gesundheitspolitik. Diese Leistungen müssen für alle verfügbar sein, unabhängig vom finanziellen Leistungsvermögen Einzelner. Auf unser Drängen hin werden die Krankenhäuser in Breisach, Müllheim und Titisee-Neustadt wieder mit heimischen Produkten versorgt. Die Kooperation mit den Helios-Kliniken hat sich insgesamt bewährt. Wir werden weiterhin darüber wachen, dass die hervorragenden Standards erhalten bleiben. Gewinne müssen in die Instandhaltung und Modernisierung investiert werden, andernfalls muss der Jahresgewinn anteilig an die Kreiskasse abgeführt werden.

VII. Sozialpolitik

Der Landkreis ist erst wirklich stark, wenn er sich auch um die Schwachen kümmert. Wir wollen Hilfe für ein selbst bestimmtes Leben geben. Eine flächendeckende und bürgerfreundliche Versorgung mit Behörden und öffentlichen Einrichtungen für Sozialhilfe (Familien, Kinder, Jugendliche, Senioren, Behinderte, Neubürger, Ausländer, Migranten, Asylbewerber, sozial Schwache, Obdachlose) muss weiterhin gewährleistet werden. Hilfesuchende sollen schnell, kompetent und bürgernah Zugang zu den vielfältigen Hilfeleistungen des Landkreises bekommen.

Die SPD wird weiter darüber wachen, dass Menschen im Bürokratiedschungel nicht unter die Räder kommen. Der menschliche und freundliche Umgang mit den Hilfesuchenden darf nicht von bürokratischen Vorschriften und Antragsverfahren erstickt werden. Wir wollen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises bei der menschenfreundlichen Umsetzung von Vorschriften den Rücken stärken. Dazu gehören ausreichende Stellenbesetzung, gute Aus- und Fortbildung und eine demokratische Personalführung nach dem Delegationsprinzip. Gerade Sozial- und Jugendämter müssen mehr Personal bekommen, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Freie Träger der Wohl-

fahrtspflege brauchen weiterhin Unterstützung. Niederschwellige und flächendeckende Angebote im Sozial- und Jugendbereich zeigen erste Erfolge und müssen weiter verbessert werden. Die Beratungseinrichtungen müssen im ganzen Landkreis flächendeckend erreichbar sein.

Behinderte

Die Rechte von Menschen mit Behinderungen sollen, gemäß der Konvention der Vereinten Nationen, voll und gleichberechtigt gewährt und ohne Diskriminierung sichergestellt werden. Es besteht die Pflicht beim Ausbau der Infrastruktur, nicht nur im Verkehr und beim Bau öffentlicher Gebäude, sondern in allen Lebensbereichen für Barrierefreiheit zu sorgen. Allen behinderten Menschen, auch Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung, soll die Möglichkeit gegeben werden, mitten in der Gesellschaft zu leben und frei zu entscheiden, wo und mit wem sie leben wollen. Allen behinderten Kindern soll - unabhängig von Art, Umfang und Schweregrad ihrer Behinderung – der unentgeltliche Besuch einer Grundschule ermöglicht werden. Das Arbeitsleben soll so organisiert werden, dass auch Menschen mit schwersten Behinderungen die Möglichkeit eröffnet wird, mit entsprechender Assistenz am freien Arbeitsmarkt tätig zu sein. Dieser erfreulichen gesetzlichen Regelung muss nun eine entsprechend tatkräftige Umsetzung folgen, dafür setzt sich die SPD-Kreistagsfraktion ein.

Der barrierefreie Zugang zu allen Behörden und öffentlichen Einrichtungen muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Dies muss auch in den Außenstellen des Landratsamtes gelten. (Stichwort: Rampe für Behinderte auch am Haupteingang und Aufzug (oder wenigstens ein Treppenlift) in die oberen Stockwerke. Behinderte Menschen sind auf ganz besondere Hilfen angewiesen. Daher fordern wir nachhaltig einen Behindertenbeauftragten, der diesen Menschen mit Rat und Tat zur Seite stehen kann. Schon im Kindergarten und in Schulen sollen Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam spielen und lernen - so wollen wir soziale Kompetenz vermitteln. Die ersten erfolgreichen Projekte zur Integration von Behinderten in den ersten Arbeitsmarkt müssen weiter verstärkt und gefördert werden. Die Landkreisverwaltung soll als Vorbild voran gehen und noch mehr behindertengerechte Arbeitsplätze anbieten. schen mit Rat und Tat zur Seite stehen kann. Schon im Kindergarten und in Schulen sollen Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam spielen und lernen – so wollen wir soziale Kompetenz vermitteln. Die ersten erfolgreichen Projekte zur Integration von Behinderten in den ersten Arbeitsmarkt müssen weiter verstärkt und gefördert werden. Die Landkreisverwaltung soll als Vorbild voran gehen und noch mehr behindertengerechte Arbeitsplätze anbieten.

Arbeitslose

Der engen Zusammenarbeit mit der ARGE messen wir hohe Bedeutung zu. Hartz IV hat sich bei der Vermittlung von Jugendlichen bewährt und muss weiterentwickelt werden. Wir erhoffen uns von dezentralen Lösungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen noch mehr Erfolg. Für Obdachlose müssen Aufnahmehäuser, Wärmestuben, Kleiderkammern und Suppenküchen bereit stehen.

Drogen- und Suchtpolitik

Unser Motto lautet: „Helfen statt Diskriminieren“. Suchtprävention muss in allen Lebensbereichen unterstützt und finanziell gefördert werden. Drogen- und Suchterkrankungen sind schon lange kein Stadtproblem mehr, sondern im ganzen Landkreis aktuell. Wir fordern deshalb den flächendeckenden Ausbau von Drogenberatungsstellen und die Einrichtung von Kontaktläden (öffentliche Fixerstuben), die durch niederschwellige Hilfen, Eingliederungshilfen zur Arbeit und Wohnprojekte begleitet werden.

Schuldnerberatung

Wir setzen uns weiterhin für die erfolgreiche Schuldnerinnen- und Schuldnerberatung im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ein, die ein unverzichtbares Hilfsleistungsangebot ist. Das neue Verbraucher-Insolvenzgesetz macht eine Personal-Erweiterung dringend erforderlich.

VIII. Verkehr

Der Ausbau des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) im Landkreis wird weiter einen vorrangigen Schwerpunkt der SPD-Verkehrspolitik bilden. Die Attraktivität des ÖPNV muss flächendeckend verbessert werden. Die Regiokarte ist ein großer Erfolg und ein wichtiger Standortfaktor für die Region. Wir stehen weiter uneingeschränkt zur finanziellen Unterstützung des ÖPNV, die Regiokarte muss bezahlbar bleiben. Die Einführung eines Sozialtickets wollen wir eingehend prüfen. Die ÖPNV-Versorgungslage muss verbessert werden, wir fordern den Halbstundentakt im ganzen Landkreis. Sämtliche Bahnhöfe im Landkreis müssen erhalten bleiben. Gerade im Feldberggebiet (Bärental, Schluchsee, Seebrugg) ist der ÖPNV unverzichtbar. Ab Titisee Neustadt muss die Anbindung von Friedenweiler/ Rötenbach, Löffingen und die Verbindung zum Verkehrsverbund Schwarzwald-Baar weiterentwickelt werden. Langfristig ist eine Elektrifizierung dieser Bahnstrecke anzustreben. Damit ist ein Anschluss an die Region Schwarzwald-Baar, Bodensee und die Region Stuttgart deutlich zu verbessern.

Moderne Kommunikationstechnik muss mehr genutzt werden, um die notwendigen Informationen jederzeit, korrekt und zeitnah auf den Punkt flächendeckend, auch mobil, abrufen zu können. Für den Ausbau der Straßenbahn nach Gundelfingen und für die Abhilfe von Überlastungen im Berufsverkehr der Breisgau-S-Bahn werden wir uns einsetzen, ebenso für einen guten Erhaltungszustand der Kreisstraßen. Der Ausbau der Bundesstraßen (B31, B3) und die Beseitigung von neuralgischen Verkehrspunkten (z.B. im Höllental) sind weiterhin unsere Anliegen. Das 3. und 4. Bahngleis auf der Rheintalschiene muss mit bürgerverträglichen Lärmschutzmaßnahmen kommen. Wir setzen uns für die zeitnahe Umsetzung der Bürgertrasse der Alternativplanung „Baden 21“ ein. Erforderlich ist eine Finanzierung mit Beteiligung von Bund, Bahn und Land.

Mobilität im Landkreis ist erneuerbar! Dazu brauchen wir ein ausgebautes Radwegenetz und bessere Mitnahmemöglichkeiten von Rädern in Bus und Bahn sowie radfreundliche Haltestellen und Bahnhöfe.

Elektro-Autos, Elektro-Roller, Seilbahnen, Skilifte, Elektro-Loks, Straßenbahn und Solarboote auf Rhein, Titisee und Schluchsee sollen künftig mit Regiostrom aus Windkraft, Wasserkraft, Solarenergie, Biomasse und Blockheizkraftwerken betrieben werden. Erdgastankstellen im Landkreis eröffnen die Option durch Biogas und durch Methan Biomasse-Konversionsanlagen künftig immer mehr Erdgas durch nachhaltiges Bio-Erdgas zu ersetzen. Der Ölpflanzenanbau im Landkreis kann Diesel und Schmierstoffe ersetzen. Deshalb setzen wir uns für die Verwendung von heimischem Biodiesel und Rapsöl in Bus und Bahn ein.

IX. Landwirtschaft, Kulturlandschaft und Tourismus

Naturnahe ökologische Landbaumethoden stärken die Region. Der Verzicht auf Gentechnik, insbesondere in der Rheinebene und in der Milchproduktion hat uns nicht zurückgeworfen, sondern vielmehr zu neuen Marktchancen geführt. Das letztjährige Bienensterben hat abermals aufgezeigt, dass die agrochemische Landwirtschaft immer wieder an ihre Grenzen stößt. Nicht nur Nutzbienen müssen vor dem Tod durch Insektizide geschützt werden. In den Ackerfluren muss wieder mehr Lebensraum für unschädliche Arten geschaffen werden. Dies dient letztendlich wieder einer nachhaltigen ökologischen Landwirtschaft.

Auf neue Fragen, wie beispielsweise die nach dem Maiswurzelbohrer, muss die Landwirtschaft ökologisch angemessen reagieren. Fruchtfolge darf kein Tabu sein. Die vielfachen Probleme zeigen dass der Mono-Maisanbau an seine Grenzen gekommen ist. Deshalb müssen die Methoden des umweltverträglichen Maisanbaues mehr Eingang in die landwirtschaftliche Praxis bekommen.

Die Milchwirtschaft im Schwarzwald wird durch anhaltenden Preisverfall in eine existenzielle Krise gestürzt. Damit ist auch der nachhaltige Erhalt unserer vielfältigen Kulturlandschaft im Landkreis bedroht.

Die Agrarpolitik darf nicht weiter auf Überschüsse und den Weltmarkt setzen, zumal die Überschüsse letztlich von Futtermitteln aus Übersee erzeugt werden. Dieser widersinnige globale Wettbewerb darf nicht die Existenzgrundlagen bäuerlicher Landwirtschaft im Landkreis und weltweit bedrohen. Hier müssen wir auf europäischer Ebene eine Umkehr der Agrarpolitik einleiten, die künftig mehr dem europäischen Leitbild einer multifunktionalen Landwirtschaft entspricht, möglichst flächendeckend, und die sich im Weltmarkt Nachhaltigkeitskriterien, Klimakriterien und Kriterien des Fairen Handels unterwirft.

Heimische Produkte, insbesondere auch Milchprodukte aus der Region müssen in allen Kreiseinrichtungen genutzt werden. Die SPD-Kreistagsfraktion wird dem Landkreis einen Wettbewerb vorschlagen, der die vorbildliche Verwendung von heimischen Produkten bei Straßenfesten, Stadtfesten, Feuerwehrfesten, Vereinsjubiläen usw. mit einem Preis belohnt. Statt anonymer Tiefkühlware sollen auf den Festen im Landkreis möglichst frische Produkte aus der Region Verwendung finden. So wird praktische Solidarität geübt und gefördert.

Die Artenvielfalt im Landkreis hat Bedeutung von europäischem Rang. Die Landschaft vom Rhein bis nach Löffingen ist einzigartig reizvoll und attraktiv. Dies sind bedeutende Alleinstellungsmerkmale für unseren Tourismus. Zu dieser schönen Kulturlandschaft im Landkreis gehört die bäuerliche Kultur untrennbar dazu. Durch nachhaltige Nutzung ist der Erhalt unserer Kulturlandschaft besser zu sichern, als durch übertriebene Ausweisung von Schutzgebieten und durch Verstärkung der Kontrollen. Erneuerungen von Viehställen, mit dem heimischen Rohstoff Holz, sind für eine tier- und menschengerechte Produktion notwendig. Der Erhalt der denkmalgeschützten Bausubstanz im Schwarzwald ist durch Nutzung der Höfe, durch nachhaltige Zukunftsperspektiven für die Landwirtschaft besser zu sichern, als durch das Überstulpen einer Käseglocke, die keine Entwicklung mehr zulässt. Die Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten des Schwarzwaldes wird ohne staatliche Hilfen nicht überleben können, dabei ist die Förderung an nachhaltigen und objektiven Kriterien auszurichten. Diese müssen ergänzend sein und dürfen nicht zu Parallelförderungen führen. Die aktuelle Gestaltung des Landschaftspflegeldes im Landkreis hat zu einer Aufblähung des bürokratischen Aufwandes geführt. Alternative Förderungen, wie Unterhaltszuschüsse für kleine Schlachtstätten, für Tierkassen, für Weideeinrichtungen und für Marketingmaßnahmen wären sinnvoller gewesen. Die Landwirtschaft braucht ein leistungsfähiges, fachkundiges und firmenunabhängiges Schul-, Bildungs- und Beratungsangebot, um in der schwierigen Situation des globalen Agrarmarktes die richtige Orientierung und Anpassung zu finden. Die Verwaltungsreform hat zu einem Abbau der Beratungs- und Schulangebote geführt. So darf die so genannte Effizienzrendite nicht aussehen! Wir setzen uns dafür ein, dass der Fachbereich Landwirtschaft nicht zu einer reinen Verwaltungs- und Kontrollinstanz verkommt. Die schöne Erholungslandschaft im Kreis, der Tourismus und der Naturschutz sind auf eine existenzfähige Landwirtschaft im Kreis angewiesen.

Die Nutzung erneuerbaren Energien muss als neues Standbein für die heimische Land- und Forstwirtschaft weiter ausgebaut werden. Die SPD begrüßt und unterstützt ausdrücklich die 100 Bioenergiedörferkampagne des Naturparks Südschwarzwald, die es den Bürgern und Land- und Forstwirten im Landkreis erleichtern wird, mit praxiserprobten Konzepten zur Nahwärmeversorgung von Dörfern und Gemeinden, die Installation von Anlagen zur Erzeugung, Verteilung und Speicherung von erneuerbarer Energie zu verwirklichen. Dabei braucht die Biogastechnik im Grünlandgebiet besondere Hilfestellung. Der Ausbau der Kleinwasserkraft darf vom Landkreis nicht unnötig gebremst werden, sie trägt ebenfalls zur nachhaltigen Energieerzeugung und zum Einkommen im ländlichen Raum bei. Pumpspeicherwerke im Schwarzwald sollen künftig Strom aus erneuerbaren Energiequellen und energieeffizienten Blockheizkraftwerken speichern. So lässt sich mit Windkraft, Wasserkraft, Biogas, Photovoltaik, Holzverstromung (Dampf, Pyrolyseanlagen) und BHKWs die Stromversorgung im Landkreis sicher und nachhaltig darstellen. Elektroautos bieten so die Option, individuelle Mobilität erneuerbar zu machen. Ein neues Feld für den nachhaltigen sanften Tourismus tut sich auf: durch Vermietung von Elektrofahrzeugen (Fahrräder, Roller, Autos etc.). Deshalb muss das Angebot von Solarstromtankstellen ausgebaut werden. Elektromobile bieten mit ihren Batterien eine weitere Speichermöglichkeit von Naturstrom aus dem Landkreis. Wir brauchen eine intelligente Verknüpfung von ÖPNV und individueller Mobilität. P+R-Parkplätze, Radwege-

netze und der entsprechende Service müssen in ausreichender und strategisch richtiger Positionierung vorhanden sein. Die Belastung der Umwelt und ein besserer Genuss der Naturschönheiten sind so für alle und nicht nur für wenige Glückliche möglich, die zufällig einen Parkplatz erreicht haben. Mit der Sonne zur Sonne könnte das Tourismus-Motto werden. Mit solaren Energien auf den Schauinsland (Wind, Wasser, PV). In Eisenbach wurde vor 100 Jahren der Skilift erfunden und mit Wasserkraft angetrieben. Skilifte sollen künftig nicht mehr mit Atomstrom, sondern mit Naturparkstrom betrieben werden. Sanfter Tourismus beginnt mit einer optimalen Vernetzung der Verkehrswege. Mit KONUS ist eine hervorragende Lösung gefunden worden, die sich hervorragend bewährt hat und dem ländlichen Tourismus und der ganzen Region hervorragende Perspektiven eröffnet.

Autofahrer, Radfahrer, Zugfahrer, Busfahrer, Wohnmobilisten und Wanderer sollen unkompliziert und preiswert die Schönheiten im ganzen Landkreis erreichen können. Dazu müssen die Verkehrssysteme miteinander kompatibel sein. Das Angebot von P+R-Parkplätzen, Radwege, Leihstationen für Fahrzeuge (Fahrrad, Ökomobil, Mietauto), Fahrradmitnahme im ÖPNV und die Fahrpläne der Busse und Bahnen müssen weiter ausgebaut und verbessert werden. Alle KONUS-Nutznießer sollen sich an der Finanzierung des Projektes beteiligen (KONUS = Freie Fahrt für die Feriengäste in Bus und Bahn in der ganzen Region, zwischen Neckar und Rhein).

X. Europa

Unser Ziel: Europa ausbauen – die Regionen stärken. Der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald hat eine lange gemeinsame innereuropäische Grenze mit dem Elsass und liegt mitten im Herzen Europas. Für die SPD Breisgau-Hochschwarzwald ist daher der Ausbau und die Ausgestaltung eines sozialen Europas, das die Regionen stärkt und für die Menschen da ist, von zentraler Bedeutung.

Die Globalisierung wird vom Rhein nicht aufgehalten. Viele Probleme und Verbesserungen müssen angegangen werden, die nicht nur einen Einfluss auf den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald, sondern auf beide Länder rechts und links des Rheins haben. Dafür ist eine engere Zusammenarbeit der Parlamente der verschiedenen demokratischen Ebenen auf beiden Seiten des Rheins notwendig. Die Gründung eines Parlamentes der „Regio“, dessen Mitglieder direkt vom Volk demokratisch gewählt werden, soll hier das Ziel sein.

Das bereits gegründete „Jugendparlament am Oberrhein“ soll finanziell und personell besser ausgestattet werden, um ein fester Bestandteil in der demokratischen Struktur auf beiden Seiten des Rheins zu werden. Die jungen Menschen sind die Zukunft und müssen daher möglichst früh in den Gestaltungsprozess der Region eingebunden werden. Dazu ist auch ein ständig stattfindender grenzüberschreitender Schüleraustausch als fester Bestandteil der Demokratischen Bildung unerlässlich.

Für die SPD Breisgau-Hochschwarzwald steht eine unabhängige, nachhaltige und atomkraftfreie Energieversorgung der „Regio“ ganz oben auf der Tagesordnung.

Wir wollen möglichst rasch einen grenzüberschreitenden ÖPNV anbieten. Dazu gehört der Aus- und Neubau der Bahnstrecken Müllheim-Mulhouse, Breisach-Colmar sowie die Schienenanbindungen des „EuroAirport“ und des Rheinhafens Breisach. Dabei müssen auch die Anbindungen an das ICE-TGV-Hochgeschwindigkeits-Netz eingefügt werden.